

Doch zu wenig gefordert?

Keine falsche Bescheidenheit

Man/frau reibt sich verwundert die Augen: Die Lohnforderung der Gewerkschaften in der diesjährigen Tarifrunde bekommen Unterstützung von völlig unerwarteter Seite. Gemeint ist nicht SPD-Beck der vor wenigen Wochen auf die billigste Pop-Tour höhere Löhne propagierte. Gemeint sind die Banken: in einer Analyse stuft die BHF Bank eine vierprozentige Lohnsteigerung in der Metallbranche als vertretbar ein. Selbst Deutsche Bank und Allianz weisen auf einen gestiegenen Verteilungsspielraum hin.

Mit gutem Grund: In der Metallwirtschaft z.B. ist die Produktivität in den letzten 3 Jahren um 18 % gestiegen, die Branche selbst ist um 18 % gewachsen. Die aktuelle Auslastung der Betriebe liegt mit über 90% beim technischen Maximum. Die Gewinne der 40 börsennotierten Metallunternehmen sind seit 2005 um 60% auf satte 35,6 Mrd. gestiegen, selbst Klein- und Mittelbetriebe verzeichnen zweistellige Zuwachsraten im Durchschnitt. Und die Lohnstückkosten sind in Deutschland in den letzten Jahren sogar noch gesunken.

Diese Ergebnisse sind im wesentlichen dem weltwirtschaftlichen Konjunkturanstieg zu verdanken. Die deutsche Wirtschaft partizipiert kräftig davon: Im zehnten Jahr hintereinander „Weltmeister“ im Export. Trotzdem sind die Beschäftigten dieses Landes laut statistischem Institut der EU, Eurostat der absolute Abstiegs kandidat in der Reallohnentwicklung unter den 25 (!) Ländern der neuen EU: mit -0,9% Reallohnentwicklung von 1995 bis 2004 liegen die ArbeitnehmerInnen in Deutschland mit Abstand auf dem letzten Platz und haben die „rote Laterne“. Im Durchschnitt der neuen EU sind rund 10% Reallohnzuwachs zu verzeichnen, die Beschäftigten in Schweden Großbritannien, Ungarn und sogar Zypern verzeichnen ein Plus von jeweils rund 25%.

Die BHF Bank treib nun die seit Jahren in Abrede gestellte Sorge um die Binnenkonjunktur um: "Falls die weltwirtschaftliche Dynamik schwächer als erwartet ausfallen sollte, könnten etwas stärker zunehmende Arbeitnehmerereinkommen konjunktur stabilisierend wirken." Die Firmen könnten ein deutliches Plus bei den Personalkosten wegstecken, ohne Jobs abbauen zu müssen. Weder die Erholung am Arbeitsmarkt noch die Preisstabilität sei gefährdet. Weil die Unternehmen zudem die Preise um rund ein Prozent erhöhen könnten, erscheine ein "Abschlussvolumen bis zu vier Prozent vertretbar".

Auch eine neue Studie des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung IMK für die Financial Times Deutschland belegt: Mehr Geld = mehr Jobs! Sie haben drei Lohnerhöhungsszenarien mit dem derzeitigen Status Quo verglichen also wenn alles so bliebe wie in den letzten Jahren, in denen die Effektivlöhne pro Beschäftigtem um etwa ein Prozent im Jahr gestiegen sind. Zwar waren die tariflich vereinbarten Erhöhungen der Stundenlöhne im Durchschnitt der Branchen höher; aber die Zunahme von Minijobs und der Abbau von übertariflichen Leistungen führten dazu, dass aus den vereinbarten Tariferhöhungen pro Stunde nicht mehr entsprechende Steigerungen der Effektivlöhne ergaben.

Im Modell 1 steigen die Löhne gar nicht. Wenn es in diesem Jahr keinerlei Lohnerhöhungen gibt, drückt das den privaten Konsum im nächsten Jahr um knapp ein halbes Prozent. Das wirkt negativ auf Wachstum und Beschäftigung. Zwar wirkt das im dritten Jahr minimal günstiger für die Exporte, aber Binnenkaufkraft wirkt schwerer. Denn der private Verbrauch hat auch beim Exportweltmeister der stärkste Wirtschaftsfaktor: Er macht rund 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. „Als großes Land kann Deutschland nicht auf Lohnzurückhaltung als Mittel zur Konjunkturstimulierung setzen. Die dadurch bewirkte binnenwirtschaftliche Schwäche wirkt sich negativ auf Wachstum und Beschäftigung aus“ analysiert das IMK.

Beim Modell 2 steigen die Löhne um drei Prozent. Die Verbraucher passen ihren Konsum allmählich an das höhere verfügbare Einkommen an. Bei drei Prozent mehr Lohn nimmt der reale private Verbrauch nach einem Jahr zusätzlich um ein halbes Prozent zu. Von höheren Löhnen profitiert auch der Staat: Er nimmt mehr direkte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge ein. Spätestens nach den ersten 15 Monaten steigt das Bruttoinlandsprodukt um etwa 0,2 Prozent – mehr als im Falle einer einprozentigen Lohnerhöhung. Höhere Preise und niedrigere Exporte reduzieren den Wachstumsgewinn nur minimal. Der vom stärkeren Wirtschaftswachstum erzeugte Beschäftigungszuwachs erreicht 0,2 Prozent ca. zweieinhalb Jahre nach dem Lohnanstieg.

Im Modell 3 steigen die Löhne um fünf Prozent und verdoppeln die Effekte. Der Konsum wächst um über ein Prozent, das Bruttoinlandsprodukt um ein halbes Prozent. Im dritten Jahr legt die Beschäftigung ebenfalls um ein halbes Prozent zu.

Insgesamt spricht sich das IMK gesamtwirtschaftlich für **mehrfähige** Effektivlohnsteigerungen von jeweils etwa dreieinhalb Prozent aus.

Grund genug für ein Ende der Bescheidenheit – nicht nur in dieser Tarifrunde und nicht nur aus ökonomischen Gründen.

Thomas Händel

Thomas Händel ist Präsidiumsmitglied des Beirats der IG Metall und geschäftsführenden Vorstandsmitglied der WASG